



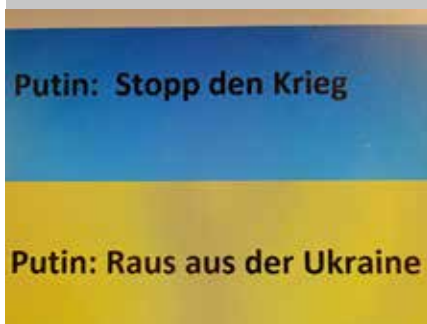
Bürger:innenbrief

15. März 2022

Abgeordnete der Fraktion
in der Hamburgischen
Bürgerschaft

DIE LINKE.

Ukraine-Krieg +++ Bildungsrat +++ Mietenspiegel +++ Flächennutzung +++ Rekommunalisierung +++ Proleten auf Karton



Der Krieg in der Ukraine lässt auch die Hamburger Zeichen im Stadtbild setzen (Fotos: M. Joho)

Liebe Leserinnen und Leser,

im vorletzten »Bürger:innenbrief« hatten wir noch das »vernehmlicher werdende Kriegsgerassel« thematisiert, im Februar vor dem förmlichen Herbeireden eines Krieges gewarnt. Und nun ist tatsächlich eingetreten, was wir – zusammen mit großen Teilen der bundesdeutschen Friedensbewegung – nicht für möglich hielten: Am 24. Februar hat die russische Armee mit dem völkerrechtswidrigen Angriff auf die Ukraine begonnen. Staatspräsident Putin und seine Führungsequipe sind damit für den Tod von Tausenden Menschen und die umfassende Zerstörung von Städten und Regionen verantwortlich. Es kann keine zwei Meinungen darüber geben, dass diese In-

vasion sofort einzustellen und die russische Armee schnellstens zurückzuziehen ist!

Auf einem anderen, zurzeit hinteren Blatt stehen die Fragen, was zu dem Krieg geführt hat, wie er hätte verhindert werden können und was für alle Beteiligten nötig wäre, ihn schnellstmöglich zu beenden. Dazu würde uns allerdings schon noch einiges einfallen, was gegenwärtig – und in diesen Tagen vielleicht auch zu Recht – nicht im Fokus steht: Die seit 1990 anhaltende Einkreisung, das Heranrücken der NATO an die Grenzen und damit insgesamt die Missachtung der Sicherheitsinteressen Russlands wären hier zu erwähnen. Auch

den Völkerrechtsbruch, den die NATO unter Beteiligung der Bundeswehr durch das Bombardement Jugoslawiens im Zuge des »Kosovo-Krieges« 1999 begangen hat. Aber all das verblasst dieser Tage angesichts der russischen Besetzung der Ukraine. Und noch mal: NICHTS rechtfertigt diesen von Putin geführten Krieg!

Erschrocken sind wir über den rapiden, von Politik und Medien angeheizten Stimmungswechsel, den Verlust an rationalem und pazifistischem Gedankengut in wenigen Wochen. Waren es 20 % der Bevölkerung, die sich kurz vor der russischen Invasion für Waffenlieferungen an die Ukraine aussprachen, sollen es laut Infratest Anfang März bereits 61 % gewesen sein. Wo bleiben die Erkenntnisse der Friedensbewegung und der Friedensforschung, wo die jahrzehntelange Ablehnung aller Kriege und erst recht einer deutschen Beteiligung durch die Mehrheit der Bevölkerung? Deutschland liefert nun 122 mm-Haubitzen, Panzerfäuste und Stinger-Raketen in die Ukraine und ist damit, es muss deutlich gesagt werden, Kriegspartei.

Zugleich verkündet Kanzler Scholz mal eben, ohne Rücksprache, ohne Debatte, ein 100 Milliarden Euro schweres »Sondervermögen« für die Bundeswehr, das Doppelte des jährlichen Verteidigungshaushalts. Und das soll den Frieden sichern und

für Entspannung sorgen? Nein, das Gegenteil wird der Fall sein.

Und dann noch dies, auf der letzten Bürgerschaftssitzung am 2. März war es bereits zu vernehmen: Nahezu jeder Erst-Beitrag der Abgeordneten begann mit dem Satz, es sei angesichts des Krieges kaum möglich über irgendetwas anderes zu diskutieren. Okay. Der zweite Satz in den Beiträgen gleich von mehreren SPD- und GRÜNEN-Parlamentarier:innen aber machte klar, wohin die Reise gehen soll, gleich mehrfach hieß es, »wir« seien zu Opfern bereit. Die soziale und ökologische Wende in unserer Stadt, in unserem Land? Den Kampf gegen die Klimakatastrophe werden wir so verlieren. Mit dieser Grundeinstellung, dem massiven Aufrüstungskurs und dem Abbau von gesellschaftlichen Errungenschaften brechen wahrlich finstere, noch dunklere Zeiten an.

Putin und die russische Staatsführung sind mit ihrem völkerrechtswidrigen Einmarsch in die Ukraine nicht nur verantwortlich für unfassbares menschliches Leid, sie haben den Konservativen, den Sicherheitsfanatiker:innen und der Rüstungslobby hierzulande eine Steilvorlage geliefert.

Heike Sudmann und Sabine Boeddinghaus
Michael Joho und Hanno Plass



Der Einmarsch russischer Truppen in der Ukraine ist ein völkerrechtswidriger Angriff, der Tausenden Menschen das Leben kostet und für massive Zerstörungen und Millionen neuer Flüchtlinge sorgt. Dieser Angriffskrieg ist nicht zu rechtfertigen, auch nicht mit dem konfrontativen Verhalten der NATO in den letzten Jahrzehnten. DIE LINKE setzt sich mit aller Kraft für eine sofortige Beendigung des Krieges in der Ukraine ein, lehnt aber auch das von Kanzler Scholz mal eben dekretierte 100-Milliarden-Sondervermögen für neue Modernisierungs- und Aufrüstungsvorhaben der Bundeswehr entschieden ab. Wir spre-

chen uns vielmehr für Sanktionen aus, die wirklich die Elite, also Putins Machtbasis, treffen. Wir brauchen deeskalierende Interventionen, nicht die Abbrüche von Gespräche und Beziehungen, sondern deren Intensivierung. Und wir müssen klar machen, welche verheerenden sozialen Auswirkungen das dramatische Aufrüsten hat, zumal das Festhalten an der Schuldenbremse das Geld an anderer Stelle noch nachhaltiger fehlen lässt. Wir haben es aber mit einer Klimakatastrophe zu tun, die zwingend milliarden schwere Investitionen in eine sozial-ökologische Wendepolitik erfordert.

Wer sich für die Positionen der LINKEN zum Ukraine-Krieg und seinen Folgen interessiert, findet Informationen und Materialien hier: www.die-linke.de/themen/frieden/ukraine-krise/

Wir nehmen hier zwei Artikel aus der Bundesgeschäftsstelle der LINKEN vom 2. März auf.

Nein zum völkerrechtswidrigen Krieg von Putin! Aufrüstung hilft der ukrainischen Bevölkerung nicht

DIE LINKE ist die Partei des Friedens und des Völkerrechts. Der Angriff der russischen Truppen auf die Ukraine verletzt das Völkerrecht und bedeutet für die Menschen in der Ukraine große Leid. Wir verurteilen das. Unsere Solidarität gehört der ukrainischen Bevölkerung! Den Geflüchteten aus der Ukraine muss - wie allen Geflüchteten an den europäischen Grenzen schnell und unkompliziert geholfen werden. Es braucht einen sofortigen Waffenstillstand! Rückkehr zu Verhandlungen und Diplomatie! Bundeskanzler Scholz hat im Bundestag praktisch über Nacht und im Alleingang ein »Sondervermögen« für die Bundeswehr von 100 Milliarden Euro angekündigt. Das verstößt eigentlich gegen die Schuldenbremse. Statt die abzuschaffen, ist der Plan der Regierung, das Sondervermögen im Grundgesetz festzuschreiben. Es stünde der Bundeswehr dann immer, unabhängig von Parlamentsentscheidungen, zu. Das Aufrüstungsziel der NATO von 2 Prozent wäre damit bei weitem übertroffen. All die Jahre, in denen auf die Krise der Bildung und der Kita-Versorgung, Krise der Pflege, Krise des sozialen Wohnungsbaus gesagt wurden: Es gibt kein Geld! Es muss erst eine Krise kommen, die der Rüstungsindustrie nutzen kann. DIE LINKE sagt: Nein. Kein Krieg. Kein Flächenbrand durch Aufrüstung und Abschreckung. Kein neuer Kalter Krieg! Die Waffen nieder! Stoppt den Krieg!

- Die russischen Truppen müssen sofort zurückgezogen werden!
- Sanktionen müssen die russische Rüstungsindustrie und Putins Verbündete treffen: Den Auslandsbesitz der russischen Millionäre und Milliardäre beschlagnahmen!
- Kein Aufrüsten, kein Sondervermögen für die Bundeswehr im Grundgesetz. Stattdessen die Schuldenbremse aus dem Grundgesetz streichen.
- 100 Mrd. Euro müssen in Energiewende und Klimaschutz, für gute Bildung und Gesundheit eingesetzt werden. Das macht auch die Energieversorgung in Deutschland unabhängiger.
- Keinen Flächenbrand riskieren! Verhandlungen und Diplomatie statt Waffenlieferungen in Krisen und Kriegsgebiete.
- Geflüchtete schützen - und zwar alle! Keine Pushbacks an der EU Grenze!

Gegen die »Zeitenwende« in Außen- und Sicherheitspolitik

100 Milliarden in erneuerbare Energien, Bildung und Pflege

Die Bundesregierung hat eine »Zeitenwende« in der Außen- und Sicherheitspolitik angekündigt. Dabei werden auch die eigenen Forderungen noch aus dem Wahlkampf entsorgt (keine Waffenlieferungen in Kriegs- und Krisengebiete, keine 2 Prozent des Bruttoinlandsprodukts für Rüstung, wie von der NATO gefordert). Zusammen mit der CDU legitimierten die Parteien mit ihrem Entschließungsantrag auch neue Pläne der Ampel-Regierung zur sogenannten »Modernisierung der

Bundeswehr«: Ein militärisches Aufrüstungsprogramm in riesigem Umfang, von dem selbst Rüstungslobbyisten bis vor wenigen Wochen noch nicht mal zu träumen wagten: Das von der NATO geforderte Zwei-Prozent-Ziel soll übererfüllt werden. Die Bundeswehr soll ein Sondervermögen von 100 Milliarden Euro zur Aufrüstung bekommen. Das ist das Budget der wichtigsten Bundesministerien zusammengenommen (Gesundheit (16,03 Mrd.), Bildung (19,36 Mrd.), Innen und Bau (18,52 Mrd.),

Glaubt wirklich jemand, noch mehr Rüstung würde Putin beeindrucken?





Familie, Senioren, Frauen und Jugend (12,16 Mrd.), Wirtschaft und Energie (9,81 Mrd.), Umwelt (2,7 Mrd.), Zusammenarbeit und Entwicklung (10,8 Mrd.) sowie Ernährung und Landwirtschaft (6,98 Mrd.)). Damit würden sich die Militärausgaben insgesamt in diesem Jahr ungefähr verdreifachen. Es entspricht mit den bisherigen 50 Mrd. Euro auch fast dem Dreifachen der gesamten Rüstungsausgaben Russlands. Und Deutschland ist nur eines von 30 NATO-Ländern.

Mit der Einrichtung eines Sondervermögens wird die Schuldenbremse umgangen. Die Absurdität dieser Entscheidung hat unsere stellvertretende Fraktionsvorsitzende Nicole Gohlke per Twitter auf den Punkt gebracht: Um einen Pflegebonus in Höhe von insgesamt einer Milliarde Euro habe man anderthalb Jahre kämpfen müssen. Und nun wird »über Nacht« das Hundertfache für die Rüstung ermöglicht. Davon profitieren die Rüstungskonzerne, deren Aktienkurse nach Scholz' Rede im Bundestag in die Höhe gehen (z. B. des britischen Rüstungskonzerns BAE Systems; vgl. Grafik). Auch die deutsche Rüstungsindustrie bereitet sich bereits auf eine Erhöhung der Produktion vor. Der Rheinmetall-Konzern hat der Bundesregierung am Montag eine umfassende Lieferung von Rüstungsgütern angeboten. Das Paket soll laut Handelsblatt 42 Mrd.

Euro kosten. Bereits am Tag nach der Rede lud das Verteidigungsministerium die Manager:innen der wichtigsten Rüstungsfirmen zu einem Dringlichkeitsgespräch. Die Vertreter:innen des Ministeriums hätten betont, dass das bestehende militärische Gerät ertüchtigt und neues Material schnellstmöglich angeschafft werden soll, berichteten Beteiligte dem Handelsblatt.

Dabei resultiert der vermeintliche »Investitionsbedarf« bei der Bundeswehr vor allem aus Missmanagement und Fehlplanung: Seit 2014 ist der Militärhaushalt bereits um mehr als 50% gestiegen! Mehr Hartz IV: Kein Geld. Mehr Rente? Kein Geld. Luftfilter für Schulen? Kein Geld. Mehr Geld für Beschäftigte in Pflege und Gesundheit? Kein Geld. Mehr Geld für die Bahn? Kein Geld. 100.000.000.000 Euro jetzt sofort für die Bundeswehr? Kein Problem. Statt in weitere Aufrüstung zu investieren, sollte der Ausbau der erneuerbaren Energien und der Ausgleich der sozialen Auswirkungen wie steigende Energiepreise Priorität haben. Die Schuldenbremse darf hierbei nicht länger im Wege stehen. Die Vermögen der Reichen und Konzerne müssen endlich fair beteiligt werden.



Der Ukraine-Krieg im Stadtbild (Fotos: M. Joho)

Bericht von unserem digitalen Bildungsrat

Von Sabine Boeddinghaus und Hanno Plass

DIE LINKE hatte im vergangenen Monat eine Vielzahl bildungspolitischer Akteur:innen eingeladen, um über die Erfordernisse für Bildung in der Pandemie zu diskutieren und konkrete Schritte zu empfehlen.

Für den 12. Februar hatte die Fraktion DIE LINKE in der Hamburgischen Bürgerschaft zu einem bildungspolitischen Bildungsrat eingeladen. Ausgangspunkt war, dass schon 2019 das Bündnis Zukunft Schule Hamburg einen Bildungsrat gefordert hatte. Zudem spielten die im Schulgesetz verankerten Regionalen Bildungskonferenzen als Gremien der regionalen Schulentwicklungsplanung und Beteiligung eine besondere Rolle. Ein solches Format wurde von der Fraktion DIE LINKE

in der Corona-Pandemie mehrfach in der Bürgerschaft gefordert. Dabei ließ sich im Rückblick auf zwei Jahre Schule in der Pandemie feststellen, dass die Schulbehörde hinsichtlich einer transparenten und klaren Steuerung und Verantwortungsübernahme komplett versagt hat. Dies hat die Lage an den Schulen nur noch verschärft. Zugleich erging sich die Schulbehörde in kleinteiligen Eingriffen in die selbstverwaltete Schule. Die Regulierungswut der Schulbehörde wälzte die eigene Verantwortung für den Bildungsbetrieb auf die Schulen ab.

Das Spiel ist leidlich bekannt: Wenn es gut läuft bei der Bildung, heimst sich die Behörde die Meriten ein, wenn es schlecht läuft, heißt es, die Schulen seien selbstverwaltet, die

Die Tendenz in den anderen Arbeitsgruppen ging in eine ähnliche Richtung: Gewollt ist eine Beteiligung von der Basis an – sei es bei der Gewährleistung des Arbeits- und Gesundheitsschutzes oder der Ausgestaltung eines Corona-gemäßen Unterrichts. Gegenseitige Unterstützung – sowohl zwischen den Schulen wie auch den verschiedenen Teilen der Schulgemeinschaft untereinander – seien sehr wünschenswert. Dazu seien jedoch auch die nötigen materiellen Ressourcen zur Umsetzung und die zeitliche Möglichkeit der gemeinsamen Arbeit notwendig. Besonders das Konzept kleiner Gruppen habe sich bewährt, weil es eine räumliche und inhaltliche Flexibilität und zugleich intensiveres Lernen ermögliche. Ein Denken jenseits der als unumstößlich geltenden Grundsätze von Bildung als Präsenzunterricht im Klassenzimmer sei notwendig, auch über die Pandemie hinaus. Die Entlastung von Eltern und Lehrkräften könnte, so ein weiterer Vorschlag, durch die Einrichtung einer staatlichen Onlineschule mit Fernunterricht sichergestellt werden. Die positiven Beispiele vom schuleigenen Fernunterricht, von dem bis heute wenig bekannt ist, sollen zurate gezogen werden. Für den Onlineunterricht bedürfe es jedoch auch einer weitreichenden Stärkung der Medienkompetenz von Schüler:innen und Lehrkräften. Zu diesem Zweck müsse die Schulbehörde mehr Zeit einräumen und zugleich eine umfassende technische Ausstattung schon in der Grundschule gewährleisten, so eine andere Arbeitsgruppe. Den Druck von den Schüler:innen, Lehrkräften und Eltern zu nehmen, mit diesem Element beschäftigte sich eine Arbeitsgruppe, die im Kern ebenfalls darauf drängte, dem System Schule mehr Zeit für Bildung unter diesen belasteten Bedingungen einzuräumen. Ein Weg wäre die Entschlackung der

Lehrpläne und die zeitliche Öffnung für die Bildungswege der jungen Menschen. Der Fokus solle sich auf das psychische Wohlergehen der Kinder und Jugendlichen richten.

Als der zentrale Kern des Tages kristallisierte sich die Arbeitsgruppe zum Bildungsrat heraus, die großen Zuspruch erfuhr. Er wurde als Gremium skizziert, das eine dauerhafte Einrichtung mit thematischen Schwerpunkten pro Sitzung sein solle. In seiner Funktion müsse er proaktiv die Bildungspolitik (mit)gestalten, mit einem Mitbestimmungsrecht versehen sein und eigene Vorlagen entwickeln können, zu denen der Schulsenator Stellung beziehen müsse; die Arbeit des Bildungsrates solle für die Schulbehörde eine verpflichtende Befassung sein. Der Bildungsrat solle transparent und offen sein, um auf der bildungspolitischen Ebene möglichst viele Akteur:innen im Bildungsbereich – von Kitas über Schulpersonal, über Wissenschaft, Handwerks- und IH-Kammer, Sozialverbände und weitere Initiativen – einzubinden. Sie alle sollen befähigt werden, die Bildungspolitik mitzugestalten. Die große positive Resonanz auf den virtuellen Bildungsrat und den gleichnamigen Workshop zeugt auch davon, wie gering die Einbindung und Beteiligung der Schulgemeinschaften in die Bildungspolitik bisher auf Landesebene ist. Bilaterale Gespräche zwischen Behörde und Schule, Gespräche auf der Leitungsebene und Top-Down-Kommunikation über die Schulaufsichten ersetzen weder die Augenhöhe noch die gemeinsame Suche und Entscheidung über einen Weg in der Bildungspolitik.

Die äußerst schwungvolle und positive Stimmung unter allen Beteiligten soll aufgegriffen und der Austausch fortgeführt werden.

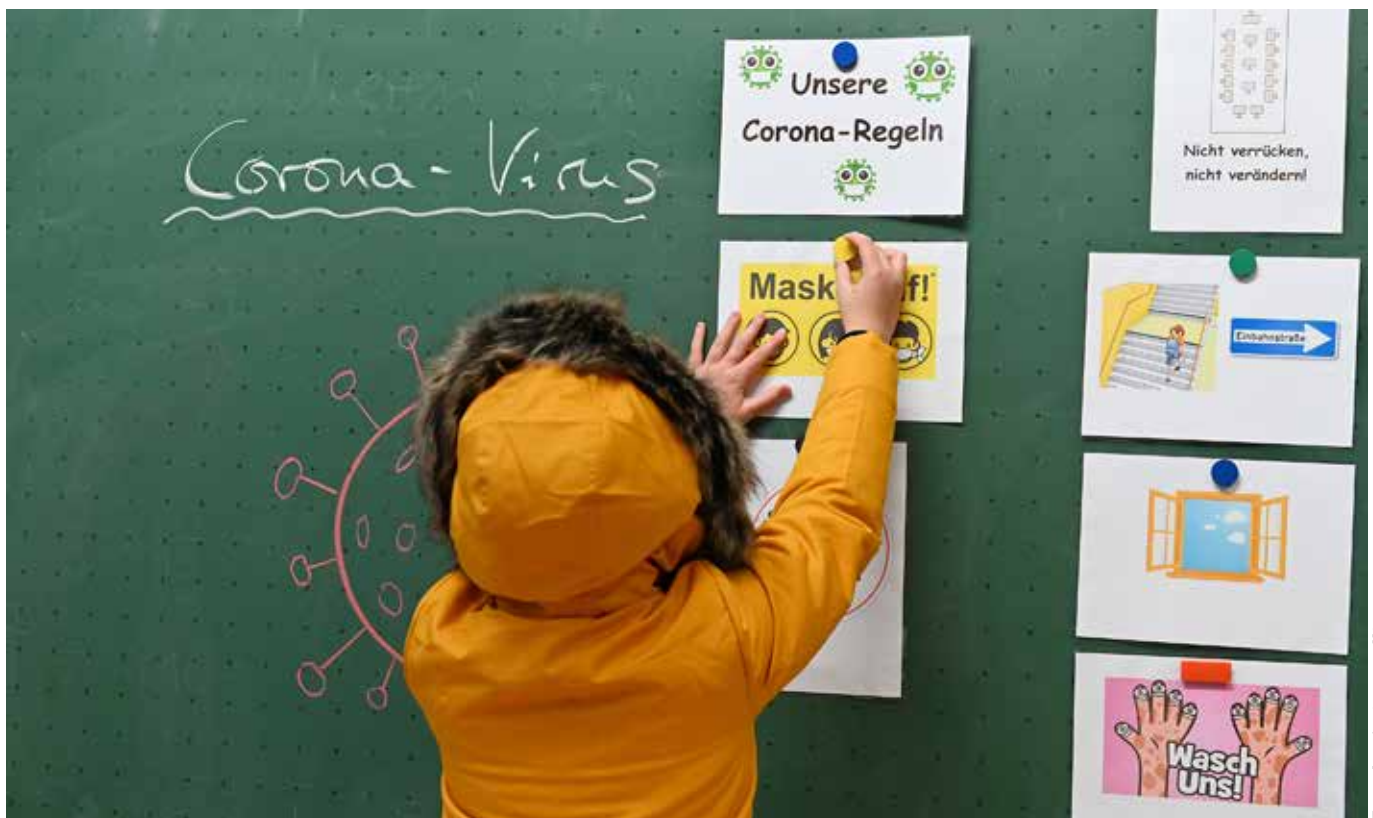


Foto: dpa | picture alliance

Zwischen Mietenspiegel und Mietenexplosion

Von Heike Sudmann und Michael Joho



Noch bis Anfang der 1970er-Jahre – so viel Rückblick sei gestattet, schon um die Zwiespältigkeit des Mietenspiegels zu veranschaulichen – galt in Hamburg das Prinzip der »Vergleichsmiete«. Das bedeutete im Falle einer geplanten Mieterhöhung, dass Vermieter:innen lediglich drei höhere Vergleichsmieten in der Nachbarschaft ausmachen mussten, und schon war der erhöhte Mietzins begründet und legitim. Drei höhere Mieten ließen sich allerdings fast immer finden, und so waren die Bewohner:innen weitgehend ihren Vermieter:innen ausgeliefert, allemal in Zeiten der Wohnungsknappheit. In der sozialliberalen Reformära setzten Bürger:inneninitiativen neue Akzente und konnten auch neue Rechte für Mieter:innen durchsetzen. An die Stelle der mehr oder weniger willkürlichen Vergleichsmiete trat nach Schaffung gesetzlicher Voraussetzungen 1972 das Prinzip der »ortsüblichen Vergleichsmiete«. Um deren durchschnittliche (ortsübliche) Höhe festzustellen, mussten repräsentative Erhebungen durchgeführt werden. Ein erster Mietenspiegel für Hamburg lag schließlich 1976/77 vor, führte jedoch zu etlichen Klagen vor allem von Vermieter:innenseite. Erst 1981 erging ein Landgerichtsurteil, wonach im Streitfall der Mietenspiegel gilt. Weitere gerichtliche Auseinandersetzungen führten zu dem Grundsatz, dass im Normalfall der mittlere Wert im jeweiligen Rasterfeld des Mietenspiegels angemessen ist. Will ein/e Vermieter/in mehr, muss das begründet werden, ebenso etwaige Abschlüsse von Mieter:innenseite.

Wie der Mietenspiegel zustande kommt

Seit dieser Zeit wird der Hamburger Mietenspiegel alle zwei Jahre neu aufgelegt. Dabei erfolgt im Vier-Jahres-Rhythmus eine umfangreiche Erhebung unter Zehntausenden Mieter:innen (zuletzt 2021). Alle zwei Jahre dazwischen gibt es lediglich eine Schmalpuruntersuchung (zuletzt 2019), dann werden nur diejenigen Mieter:innen befragt, die bei der letzten umfangreichen Erhebung beteiligt waren. Die Durchführung der größeren wie der kleineren Befragung obliegt ei-

ner von der zuständigen Stadtentwicklungsbehörde alle zwei Jahre neu beauftragten Einrichtung (2021 war das erstmals das »ALP Institut für Wohnen und Stadtentwicklung GmbH«). Begleitet und kontrolliert wird das Verfahren vom Arbeitskreis (AK) Mietenspiegel, in dem Eigentümer:innenverbände, Mieter:innenvereine und Behördenvertreter:innen zusammenkommen. Mitnichten sind die Mieter:innenvereine unmittelbar für den Mietenspiegel und die ortsübliche Vergleichsmiete verantwortlich. Vielmehr ist es so, dass im AK Interessenwiderprüche zwischen der Mieter:innen- und der Vermieter:innenseite ausgetragen und zu einem Kompromiss geführt werden. Es ist sicherlich leicht vorstellbar, dass die Mieter:innenvertretung um so mehr durchsetzen kann, desto mächtiger sich in der Gesellschaft gerade eine Bewegung für einen Mietendeckel oder gar eine »Enteignung« großer Wohnungsgesellschaften engagiert.

Ein zentraler Punkt beim Mietenspiegel ist der Umstand, dass in die Erhebung neben den hohen Neuvermietungsmieten lediglich diejenigen Haushalte eingehen, deren Mieten in den letzten sechs Jahren (bis Ende 2019: vier Jahren) verändert worden sind. Das ist eine euphemistische Umschreibung für erhöhte Mieten, auch wenn gesenkte Mieten in die Berechnung ebenfalls eingehen würden – nur, wann hats das schon mal gegeben? Auch die geförderten Mieten bleiben außen vor. Diese beiden letztgenannten Faktoren sind maßgeblich dafür, dass die ortsübliche Miete spiralförmig beständig nach oben weist. Tatsächlich wuchs die Hamburger Durchschnittsmiete von Mietenspiegel zu Mietenspiegel an. Ein einziges Mal, 1999, sanken die errechneten Mietpreise um 0,5 %.

Der Hamburger Mietenspiegel 2021

Ganz anders dagegen der am 13. Dezember 2021 veröffentlichte Mietenspiegel, der eine Erhöhung der Durchschnittsmiete von 8,66 Euro/qm (2019) auf 9,29 Euro/qm (2021) nettokalt ergab, mit 7,3 % die höchste Steigerung seit mindestens 25 Jahren. Dieser neue Mietenspiegel erfasst bzw. regelt nun die Verhältnisse für 563.000 von insgesamt knapp 977.000 Wohneinheiten in Hamburg. Die Behörde für Stadtentwicklung und Wohnen überschrieb ihre Pressemeldung zum neuen Mietenspiegel mit den absurden Worten »Hamburg setzt Kurs des konsequenten Mieterschutzes« fort... Nicht nur die Linksfraktion hat dies mit den Worten beantwortet, dass wir es hier eher mit einer deftigen »Klatsche für die Wohnungsbaupolitik des Senats« zu tun haben. Auch in der Presse und natürlich bei den Mietvereinen erfuhr die diesbezügliche Entwicklung in Hamburg eine vernichtende Kritik. Schließlich haben wir es in diesen Wochen damit zu tun, dass bis zu 180.000 Miethaushalte mit teilweise deftigen Mieterhöhungsverlangen konfrontiert sind.

Inzwischen haben wir als Linksfraktion einige Anfragen zum neuen Mietenspiegel gestellt und sind noch tiefer in die komplexe Materie eingestiegen. Erstes Ergebnis: Unser Antrag, die SAGA möge angesichts ihrer alljährlich erzielten Über-

schüsse von mehr als 200 Millionen Euro auf Mieterhöhungen bis 2026 zu verzichten (Drs. 22/7229 vom 16.2.2022), wurde am 16. Februar mit den Stimmen von SPD, GRÜNEN, CDU und AfD leider abgelehnt. Selbst der Hinweis, dass innerhalb von vier Jahren die SAGA mit 59 Mio. Euro mehr Geld an die Stadt ausgeschüttet hat, als zwischen 2011 und 2021 nur durch Mieterhöhungen eingenommen wurde (48 Mio. Euro), hat diese Fehlentscheidung nicht verhindern können. Ein weiterer Antrag wurde in der Sitzung am 2. März von allen anderen abgelehnt: die Änderung einiger Faktoren in der Mietenspiegel-Erhebung, die zum sprunghaften Anwachsen der berechneten Durchschnittsmieten geführt haben (Drs. 22/7416 vom 2.3.2022). Dies soll hier noch einmal etwas genauer beleuchtet werden.

Übergewicht der teuren Neuvertragsmieten

So ergab sich durch eine unserer Anfragen (Drs. 22/7248 vom 11.2.2022), dass der in den Fragebögen ermittelte Anteil der Neuvertragsmieten 2021 mit 46 % sehr hoch ist, wahrscheinlich beträchtlich höher als die tatsächlichen Neuvertragsmieten auf dem Wohnungsmarkt im Erhebungszeitraum. Auf die Frage, wie viele tatsächlich Neuvertragsmieten es in den vergangenen sechs Jahren denn gegeben habe, weiß der Senat aber keine Antwort (Drs. 22/7002 vom 21.1.2022). Wäre es nicht angebracht, die überdurchschnittlich stark berücksichtigten und besonders hohen Neuvertragsmieten wenigstens

auf ihr reales Maß zu beschränken? Überdurchschnittlich viele hohe Mieten werden nicht rausgerechnet, bezeichnenderweise aber eine erhebliche Anzahl von frei finanzierten SAGA- und Genossenschaftswohnungen, weil sie angeblich sonst überrepräsentiert seien. So lässt sich die berechnete ortsübliche Vergleichsmiete auch hochtreiben! Und das muss sich ändern.

Übergewicht von Bodenpreis und Statusindex

Ein zweiter Faktor, auf den wir beim Antrag zur Änderung der Mietenspiegel-Erhebung abzielen, ist das Thema Wohnlage. Zu Anfang sah das dem Mietenspiegel anhängende Wohnlagenverzeichnis einmal vier Wohnlagen vor, seit 1986 gibt es nur noch die »normale« und die »gute« Wohnlage, von sogenannten »Adresslagen« abgesehen. Die Mietstadt Hamburg ist derzeit in 23.421 Blockseiten eingeteilt, d. h. in Gebäudekomplexe, die sich meist zwischen zwei Straßen erstrecken, wobei jede Straßenseite für sich betrachtet wird. Ein Platz hat daher im Normalfall vier Blockseiten. Im Wohnlagenverzeichnis 2021 fällt auf, dass es gegenüber 2019 die Verschiebung von einigen hundert Blockseiten von der normalen in die gute Wohnlage gegeben hat (siehe die folgende Tabelle, aus der Drs. 2/7002 vom 21.1.2022). Für mehrere Tausend Miethaushalte dürfte das je nach Rasterfeld (zusätzliche) Mieterhöhungen von 50, 100 und mehr Euro monatlich zur Folge haben.

Jahr	Anzahl der Blockseiten gesamt	Anzahl der Blockseiten in normaler Wohnlage	Anzahl der Blockseiten in guter Wohnlage
2019	23.284	15.460	7.824
2021	23.421	15.163	8.258

Die Problematik der Neueinstufung, vor allem natürlich der Hochstufung in die »gute« Wohnlage, hat kürzlich ein Bewohner der Mansteinstraße auf den Punkt gebracht: »Ich wohne plötzlich in einer »guten Gegend« - und weiß nicht, warum.« Zu allem Überflus ist die gegenüberliegende Straßenseite seines Wohnhauses nach wie vor in der normalen Wohnlage eingruppiert (Mopo, 24.2.2022). Und das geht so. Angeblich nach einer »wissenschaftlichen Formel« lässt sich jede Blockseite in Hamburg genau berechnen. Die der »Berechnung« zugrunde liegenden Indikatoren verteilen sich im Wohnlagenverzeichnis 2021 wie in der nebenstehenden Tabelle.

Indikatoren	Prozentualer Anteil an der Wohnlagenbewertung
Bodenrichtwert	19
Statusindex	18
Einwohnerdichte	16
Grünflächenanteil (800 Meter Radius um die Adresse)	15
Lärmbelästigung	12
Art der Straße (4+Spuren)	8
Entfernung Einzelhandel	8
Entfernung Metrobus	3
Entfernung U/S-Bahn/AKN	2

Nur warum machen die Art der Straße und die Entfernung zum Einzelhandel ausgerechnet jeweils 8 % aus? Warum sind diese beide Indikatoren so viel wert wie die Einwohnerdichte? Und vor allem: Warum machen der Bodenrichtwert und der ominöse Statusindex jeweils fast ein Fünftel aus? Die Anteile der Wohnlagenbewertung sind aus unserer Sicht keineswegs wissenschaftlich oder objektiv, schon gar nicht die hohe Gewichtung der Bodenpreise und des Images, das ein Quartier, oder besser: eine Blockseite hat. Vereinfacht gesagt, und so ist es wohl auch unserem Bewohner in der Mansteinstraße ergangen: Da ist auf seiner Straßenseite kein Baum mehr gepflanzt worden, da hat die Entfernung zur Metrobus-Station

nicht abgenommen und auch der Lärm ist der Gleiche geblieben; angestiegen ist allein der Bodenpreis und in der Nachbarschaft sind vielleicht ein paar mehr Miet- in Eigentumswohnungen umgewandelt worden und schon ist der Statusindex ein höherer. Mit unserem Antrag wollen wir nun erreichen,



Wer sich einen Überblick über die einzelnen Häuser in der normalen bzw. guten Wohnlage in Hamburg verschaffen möchte, schaut unter www.hamburg.de/karte-online-mietenspiegel/ - hier der Ausschnitt rund um die Mansteinstraße.

dass die beiden letztgenannten Indikatoren »auf das rechtlich mögliche Minimum reduziert werden«.

Mit solchen Änderungen bei der Mietenspiegel-Erhebung kann erreicht werden, die Mietenzuwächse für viele, viele Haushalte wenigstens zu drosseln. Wobei der Mietenspiegel ja nicht im Entferntesten abbildet, wie es mit den realen Angebotsmieten bei neuen Verträgen aussieht. Eine Anfrage von Caren Lay, der wohnungspolitischen Sprecherin in der Bundestagsfraktion der LINKEN, unterstreicht die ganze Dramatik auf dem hiesigen Wohnungsmarkt. Laut Antwort des Bundesbauministeriums sind die Angebotsmieten in Hamburg alleine von 2015 auf 2021 um 24,83 % (pro Jahr um 3,8 %) angestiegen, nämlich von 10,03 auf 12,52 Euro/qm nettokalt (Schriftliche Frage Monat Februar 2022, Arbeitsnummer 2/140 vom 14.2.2022).

Auf zum Housing Action Day 2022

Mit Änderungen bei der Mietenspiegel-Erhebung können wir eben nicht das Grundprinzip außer Kraft setzen, mit Wohnraum Profite, viele Profite zu machen, dafür bedarf es ganz anderer Maßnahmen. Entsprechende Forderungen publik zu machen, das können wir gut am Samstag, den 26. März. Denn dann gibt es wieder einen bundesweiten Housing Action Day, an dem wir uns selbstverständlich beteiligen. Dem zentralen Aufruf entnehmen wir die nebenstehenden fünf Hauptforderungen (www.housing-action-day.net/).

Die zentrale Aktion an diesem Housing Action Day in Hamburg (HAD) findet am besagten 26. März um 14 Uhr auf der Gleiswiese ab der Emma-Pöhl-Straße statt. Es ist doch tatsächlich gelungen, Vertreter:innen der Immobilienwirtschaft dafür



zu gewinnen, der Freien und Hansestadt Hamburg ein Denkmal für das gute Investitionsklima zu stiften. Angeblich ist ein goldener Betonmischer im Gespräch! Für Bewegung, Kultur und Beifall sorgen an diesem Nachmittag verschiedene Initiativen aus dem Recht-auf-Stadt-Umfeld, das gerade von einer großen Tournee zurückgekehrte Flaschenballett Holsten und der nicht minder berühmte Sonaten-Chor. Weitere Aktionen anlässlich des HAD sind geplant.

1 **Wohnungen für alle!**

Wohnungslose und Geflüchtete in Wohnungen unterbringen!

Housing First!

Leerstand beenden! Besetzungen legalisieren!

Mehr Plätze in Frauenhäusern!

2 **Mietschulden erlassen!**

Wohnraum, Kleingewerbe, Kulturszene und soziale Zentren sichern!

Zwangsräumungen, Versorgungssperren und Kündigungen verhindern!

3 **Mieten senken – Gewinne umverteilen!**

Höchstmieten festsetzen!

Krisengewinne abschöpfen – Sonderabgabe auf Vermögen zur Bewältigung der Corona-Krise!

4 **Wohnungskonzerne vergesellschaften!**

Vonovia, Deutsche Wohnen, LEG & andere Wohnungskonzerne enteignen!

Neue Wohnungsgemeinnützigkeit einführen!

5 **Bodenspekulation beenden!**

Boden und Wohnraum dürfen keine Ware sein!



Gegen Mietenexplosion und Verdrängung!

Auf uns St. Georerinnen und St. Georer kommen noch härtere harte Zeiten zu, nur ein paar Punkte:

- ▶ Steigerung der Durchschnittsmieten von 2019 bis 2021 laut jüngstem Mietenspiegel um 7,3%!
- ▶ Teile der Koppel, der Rautenbergstraße, der Schmilinskystraße und des St. Georgs Kirchhof in die „gute“ Wohnlage hochgruppiert!
- ▶ Etliche Umwandlungen von Miet- in Eigentumswohnungen im Sozialen Erhaltungsverordnungsgebiet, jüngst in der Danziger Straße 47-51!
- ▶ Abbruchpläne für das Mietshaus Brennerstraße 80-82 infolge unterlassener Instandhaltung!
- ▶ Ankratzen des Lohmühlenparks voraussichtlich für den Bau neuer Eigentumswohnungen!
- ▶ Weit unterdurchschnittlicher Neubau von Sozialwohnungen, dafür von umso mehr Eigentumswohnungen seit 2011!

So geht's nicht weiter. Das nehmen wir nicht unwidersprochen hin.

Wir sagen: GEGEN MIETENEXPLOSION UND VERDRÄNGUNG IN ST. GEORG. JETZT!

Und wir laden zu diesen Veranstaltungen ein:

- ▶ **PODIUMSDISKUSSION** mit Betroffenen, dem Mieterverein und VertreterInnen der SPD, der GRÜNEN und der LINKEN
Do, 24. März, 19.00 Uhr, Großer Saal, Danziger Straße 64
- ▶ **KUNDCEBUNG** mit betroffenen MieterInnen aus St. Georg
Sa, 26. März, 13.00 Uhr, vor der Danziger Straße 47-51
- ▶ **STADTTEILBEIRAT** zum Schwerpunkt Wohnen und Mieten in St. Georg
Mittwoch, 27. April, 18.30 Uhr, Video oder Heinrich-Wolgast-Schule

Einwohnerverein St. Georg von 1987 e.V.
Stadtteilbüro, Hansaplatz 9, 20099 Hamburg
info@ev-stgeorg.de
www.ev-stgeorg.de
St. Georg, den 08.03.2022



Über Flächennutzung und Flächenverbrauch, über Baumfällungen und das Weltklima

Von Michael Joho

Viele Materialien des Statistikamtes Nord werden seit einigen Jahren nicht mehr in gedruckter Form herausgegeben, sondern sind nur noch digital abrufbar. Das hat immerhin den Vorteil, dass mehr Daten denn je auf diesem Wege kostenfrei nutzbar sind. In seinem neuen »Statistischen Jahrbuch Hamburg (Berichtsjahr 2020)« findet sich auch eine interessante Statistik über die Bodenflächen in Hamburg, die für stadtweit agierende Gruppen und nicht zuletzt die Volksinitiative »Hamburgs Grün retten!« von

Belang sein dürfte (www.statistik-nord.de/fileadmin/Dokumente/Presseinformationen/SI22_029.pdf). Auch wenn wir hier nur einen Ausschnitt aus den Zahlenkolonnen wiedergeben, zeigt sich doch im Vergleich der Jahre 1979/2015 bzw. 2016/2020 deutlich, dass die Flächen für Gebäude/Siedlung und Verkehr stark zugenommen, für Landwirtschaft dagegen beträchtlich abgenommen hat. Interessant ist aber auch, dass es offenbar ein Anwachsen der Erholungsflächen gegeben hat.

Bodenflächen in Hamburg 1979 – 2015 nach Art der tatsächlichen Nutzung									
Jahr	Bodenfläche insgesamt	Davon							
		Gebäude- und Freifläche	Betriebsfläche	Erholungsfläche	Verkehrsfläche	Landwirtschaftsfläche	Waldfläche	Wasserfläche	Flächen anderer Nutzung
ha									
1979	75 468	24 855	726	5 508	8 190	24 805	3 216	6 079	2 089
2015	75 520	28 762	633	5 607	9 030	18 463	5 643	6 329	1 054

Bodenflächen in Hamburg 2016 – 2020 nach Art der tatsächlichen Nutzung									
Jahr	Bodenfläche insgesamt	Davon							
		Siedlung	darunter		Verkehr	Vegetation	darunter		Gewässer
			Wohnen	Sport-, Freizeit- und Erholungsfläche			Landwirtschaft ²	Wald ³	
ha									
2016	75 509	35 124	16 596	6 371	9 385	24 900	17 663	4 016	6 101
2020	75 509	35 149	16 905	6 479	9 337	24 810	17 210	4 243	6 213

Zu dieser Statistik passt wohl auch eine Pressemeldung (PM) des Naturschutzbundes (NABU) vom 28. Februar. Darin wird nämlich konstatiert, dass in der Fällsaison zwischen dem 1. Oktober 2021 und dem 28. Februar 2022 in Hamburg genau 937 Straßenbäume gefällt worden sind. Entgegen allen Verpflichtungen, Verkündungen und Notwendigkeiten ist aber für ein Viertel (235) davon »kein direkter Ersatz geplant«, alleine im Bezirk Wandsbek beträgt das Defizit zwischen Fällungen (von großen, alten Bäumen) und Neupflanzungen (von kleinen, jungen Bäumchen) 157! Insgesamt hat der Straßenbaumbestand gegenüber 2009 um 7.000 abgenommen.

Die ganze Pressemeldung des NABU gibt es hier unter <https://hamburg.nabu.de/tiere-und-pflanzen/baumschutz/baumfaellsaison/31203.html>.

Fällstatistik 2021/2022
Fällungen / geplante Nachpflanzungen

- Bezirk Altona* **106 / 104 (- 2)**
- Bezirk Bergedorf **213 / 184 (-29)**
- Bezirk Eimsbüttel **57 / 33 (- 24)**
- Bezirk Harburg **74 / 63 (- 11)**
- Bezirk Mitte **124 / 110 (- 14)**
- Bezirk Nord **60 / 62 (+ 2)**
- Bezirk Wandsbek **313 / 156 (- 157)**
- **Gesamt: 937 / 702 (- 235)**



Und »abrunden« ließe sich das Thema noch auf drastische Weise, nämlich durch den Verweis auf den am 28. Februar vorgelegten neuen 6. Sachstandsbericht des Weltklimarates (Intergovernmental Panel on Climate Change, IPCC). Rund 740 Fachleute verschiedener wissenschaftlicher Disziplinen aus

90 Ländern (darunter 30 aus Deutschland) haben daran mitgewirkt und damit eine international anerkannte Bilanz gezogen. Die Originalfassung des englischsprachigen Berichts gibt es hier: www.de-ipcc.de/250.php. Der zentrale, bedrückend-bedrohliche Satz der Studie lautet klipp und klar: Bei jeder weiteren Verzögerung bei Maßnahmen für den Klimaschutz und die Anpassung an den Klimawandel werde sich »das Fenster der Gelegenheit schließen, eine lebenswerte und nachhaltige Zukunft für alle zu sichern«, so der »Tagesspiegel« online am 28. Februar. Schon jetzt sei knapp die Hälfte der Menschheit durch den Klimawandel »hochgradig gefährdet« (www.tagesspiegel.de/wissen/ipcc-bericht-2022-zur-klimakrise-3-6-milliarden-menschen-schon-heute-hochgradig-gefaehrdet/28113098.html). Die Hauptergebnisse des 6. Sachstandsberichts der Arbeitsgruppe II (Folgen des Klimawandels, Anpassung und Verwundbarkeit) hat dankenswerterweise die HAW Hamburg auf ihrer Homepage zusammengefasst.

ERKENNTNISSE AUS DEM 6. SACHSTANDSBERICHT (AR6) DES IPCC

Eine der Kernaussagen des neuen Sachstandsbericht ist, dass die kumulierten wissenschaftlichen Beweise eindeutig sind: Der Klimawandel ist eine Bedrohung für das menschliche Wohlergehen und die Gesundheit des Planeten. Jede weitere Verzögerung bei konzertierten globalen Maßnahmen wird ein kurzes und sich schnell schließende Zeitfenster zur Sicherung einer lebenswerten Zukunft verpassen. Weitere wichtige Fakten sind:

1. Die globale Erwärmung um 1,1 °C hat bereits gefährliche und weit verbreitete Störungen in der Natur verursacht. Etwa 3,3 Milliarden Menschen gelten als besonders anfällig für den Klimawandel, trotz der Bemühungen um Anpassung.
2. Der neue Sachstandsbericht führt das Konzept der klimaresilienten Entwicklung ein, was bedeutet, dass Klimafragen bei Entwicklungsplänen und internationaler Hilfe besser berücksichtigt werden müssen.
3. Eine klimaverträgliche Entwicklung ist bereits bei einer globalen Erwärmung von weniger als 1,5 °C eine Herausforderung.
4. Der neue Sachstandsbericht unterstreicht die Notwendigkeit, dem Anpassungsbedarf der Städte an den Klimawandel Beachtung zu schenken:
5. Der neue Sachstandsbericht zeigt die Verschärfung der Armut.
6. Der neue Sachstandsbericht zeigt, dass Ungleichheiten im Zusammenhang mit den sich ändernden Klimabedingungen bestehen: der Klimawandel verschärft die Ungleichheiten nicht nur in armen Ländern, sondern auch in reichen Industrieländern.
7. Etwa die Hälfte der Weltbevölkerung leidet irgendwann im Jahr unter schwerer Wasserknappheit, was zum Teil auf den Klimawandel zurückzuführen ist.
8. In allen Regionen der Welt hat der Klimawandel Auswirkungen auf die Gesundheit der Menschen.
9. Die Klimaauswirkungen und -risiken werden immer komplexer und sind schwieriger zu bewältigen.
10. Um zunehmende Verluste, u.a. der Biodiversität und damit einer Verschlechterung der Lage zu vermeiden, müssen dringend beschleunigte Maßnahmen zur Anpassung an den Klimawandel ergriffen und gleichzeitig die Treibhausgasemissionen rasch und deutlich gesenkt werden.

(Quelle: www.haw-hamburg.de/detail/news/news/show/erkenntnisse-des-neuen-ipcc-reports-des-weltklimarats/).

Tipps und Termine

Gut oder schlecht zu wissen, das denkt mensch sich einmal mehr bei aktuellen Berichten von **OXFAM**. Mitte Februar beispielsweise meldete dieses internationale Netzwerk »Für eine gerechte Welt. Ohne Armut«, dass die Europäische Union bis Ende vergangenen Monats **55 Millionen Corona-Impfdosen vernichten würde, 20 Millionen mehr, als bis dato nach Afrika geschickt worden wären** (www.oxfam.de/presse/pressemitteilungen/2022-02-16-eu-wirft-25-millionen-mehr-impfdosen-weg-afrika-spendet). Oder nehmen wir diesen Fakt. Laut Meldung von Anfang März 2022 recherchiert OXFAM zurzeit zu **Discountern und ihren Lieferketten** (<https://news.oxfam.de/ov?mailing=4UGAU36U-3D4C3G&m2u=4UM2ERU-4UGAU36U-1XF19DT>). »Das traurige Ergebnis: Früchte, die in den Regalen deutscher Supermärkte wie Rewe, Aldi, Lidl und Edeka landen, werden unter menschenunwürdigen Arbeitsbedingungen angebaut. Dabei werden insbesondere Migrant:innen ausgebeutet, wie erschütternde Beispiele aus Costa Rica und Südafrika zeigen.« Und so rechnet OXFAM das dann auf die beeindruckende »Zahl des Monats« runter:

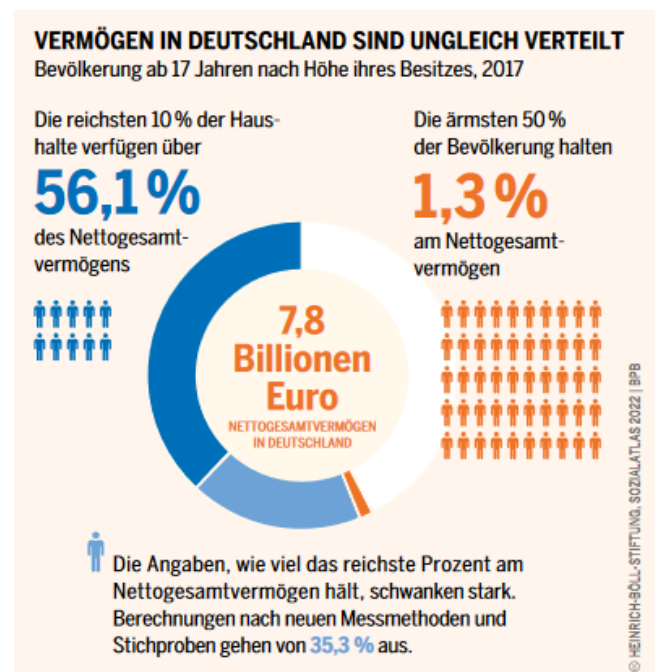


Das diesjährige **Hamburger Städtebauseminar** setzt sein Programm unter dem Gesamttitel Stadt. **Klima. Wandel – Stadtentwicklung und Baukultur im Krisenmodus?** – mit weiteren Podiumsdiskussionen fort. Am **Mittwoch, den 30. März**, geht es um das Thema »Licht für die Stadt«, am **6. April** wird der Komplex »Klimawandel und Hochwasserschutz« erörtert und am 13. April steht die »Hamburger Stiftung Baukultur« im Fokus. Alle Veranstaltungen mit markanten Referent:innen finden jeweils ab 18.30 Uhr im Online-Modus statt. Alle weiteren Details unter www.staedtebauseminar.de/.

Im letzten »Bürger:innenbrief« hatten wir als einen Schwerpunkt die Berufsverbote behandelt, der sogenannte **»Radikalenerlass« hatte sich ja gerade zum**

50. Mal gejährt. Innerhalb der Gewerkschaften ist zugleich eine Debatte um die damals ebenfalls vollzogenen **Gewerkschaftsausschlüsse von radikalen Kolleg:innen** entbrannt. Die »hamburger lehrer-zeitung« (hlz), das wirklich immer wieder lesenswerte Monatsmagazin der Hamburger GEW, widmet sich den »Unvereinbarkeitsbeschlüssen« auf gut 20 Seiten in der Nummer 1-2/2022. Es gibt nicht nur einen Rückblick auf die besonders drastischen Maßnahmen in Hamburg, geschildert werden auch eine Reihe von Biografien betroffener Gewerkschafter:innen. Die aktuelle hlz gibt es hier: www.gew-hamburg.de/sites/default/files/hlz/ausgaben/2201-07_hlz_janfebr2022_web_doppelseiten.pdf.

Im März hat die **Grünen-nahe Heinrich-Böll-Stiftung** ihren neuesten **Sozialatlas** (»Daten und Fakten über das, was unsere Gesellschaft zusammenhält«) veröffentlicht. Auf 52 Seiten wird das Thema Arm-Reich zwischen Umverteilung und Chancengleichheit umfassend ausgebreitet. Die Besonderheit der Materialien dieser Stiftung ist oftmals – wie auch in diesem Falle – die besondere Anschaulichkeit der Materie: Grafiken, Tabellen, Karten usw. machen das Blättern und Vertiefen auch zu einem optisch-aufklärerischen Genuss – in den mensch sich bisweilen aber auch intensiv hineinbegeben muss ... Das infopralle Heft kann entweder kostenfrei bezogen oder downgeloadet werden (www.boell.de/de/2022/02/02/sozialatlas-2022?).



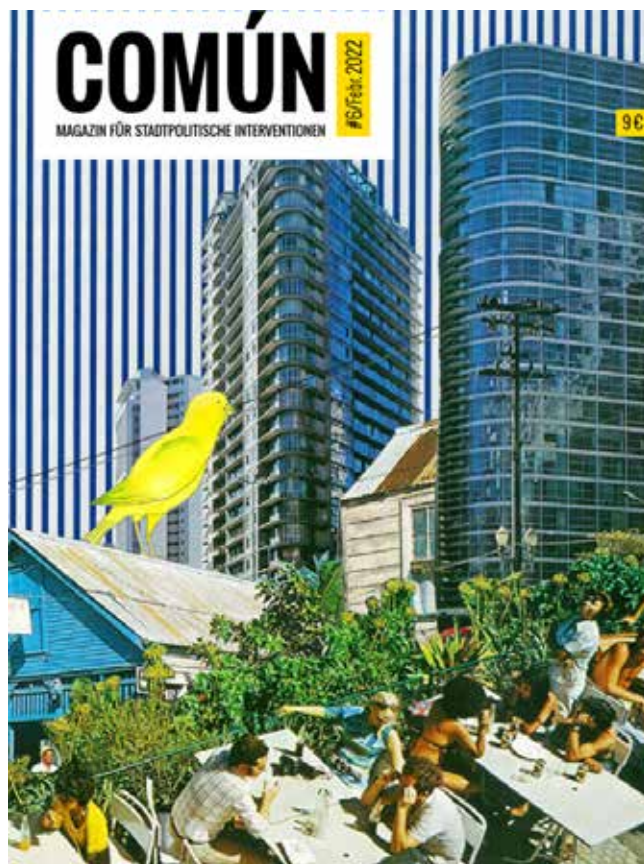
Erschienen ist jüngst auch die neueste Ausgabe der Zeitschrift **Luxemburg. Gesellschaftsanalyse und linke Praxis**. Der **Themenschwerpunkt** lautet dieses Mal **Besitz ergreifen**. Und ja, es geht um Vergesellschaftung im Großen und Ganzen, z. B. auch als »ein Kompass für die Erneuerung der Linken«. Aber gut zwei Dutzend weitere Aufsätze beleuchten verschiedenste Facetten von der Wirtschaftsdemokratie über die Rekommunalisierung von Krankenhäusern und Stromversorgung bis zur Überführung von Grund und Boden in Gemeineigentum. Dem hinausgeschobenen Redaktionsschluss sind auch noch zwei, drei Beiträge zum Ukraine-Krieg gewidmet. Die Zeitschrift Luxemburg kann bei der **Rosa-Luxemburg-Stiftung** kostenfrei abonniert, die aktuelle Ausgabe heruntergeladen werden (https://api.zeitschrift-luxemburg.de/uploads/LUX_21_03_WEB_b82497ae8f.pdf).



Nur selten empfehlen wir hier Sendungen aus dem Hörfunk. Zu Unrecht, wie immer wieder mitgehörte Beiträge vor allem in den öffentlich-rechtlichen Sendern belegen. Nehmen wir einen Beitrag im **Deutschlandfunk** vom 17. Februar, in dem Johannes Frewel den **Wohnungsbautag 2022** thematisiert und das **Bauen zwischen Spekulation und Klimawandel** beleuchtet. In knapp drei Minuten erfahren wir eine Menge über die gegenwärtigen Probleme, beispiels-

weise, dass die Grundstückskosten beim Bauen inzwischen 45 % ausmachen, die eigentlichen Baukosten nur noch 40 %! Hörst du hier: www.deutschlandfunk.de/wohnungsbautag-2022-bauen-zwischen-spekulation-und-klimawende-dlf-708aaf1-100.html.

Anfang März ist die neue Ausgabe der **Común**, das **Magazin für stadtpolitische Interventionen** erschienen. Die sechste Nummer präsentiert auf 64 Seiten allerlei Interessantes aus Regionen und Kommunen, im Mittelpunkt steht dieses Mal vor allem der nötige **sozial-ökologische Wandel und das Recht auf Stadt**. Zum Inhaltsverzeichnis und einigen Lese Früchten (»Was ist eine politische Kampagne und wie baut man sie auf?«) geht es hier: <https://comun-magazin.org/wp-content/uploads/2022/02/Comun-06-Titel-Inhalt-Toolbox.pdf>. Die neue Nummer, aber auch die bisherigen Ausgaben, können entweder online bestellt oder in Hamburg in der Buchhandlung im Schanzenviertel (Schulterblatt 55) erworben werden. Das Einzel Exemplar kostet 9,- Euro (plus 2,- Euro Porto und Verpackung). Bei Mehrfachbestellungen gibt es eine beträchtliche Ermäßigung. Guckst du hier: <https://comun-magazin.org/comun-6-erscheint-in-der-ersten-maerzwoche/>.



Auch wenn die Inzidenzzahlen gerade wieder nach oben gehen und unverändert jeden Tag bundesweit Corona-Tote in dreistelliger Dimension verzeichnet werden, fallen reihenweise die Auflagen und Beschränkungen der vergangenen Monate. Eine Zeit also, wieder an Stadtteilrundgänge zu denken. Wer sich für den Sommer ein vielfältiges Programm zu rechtlegen möchte, könnte sich z. B. bei **stattreisen hamburg** schlau machen. Für dieses Jahr sind **Rundgänge in rund 20 Stadtteilen** vorgesehen, es gibt zudem **spezielle Angebote** zur Erkundung von Parks und Grünflächen, und auch Radtouren und Barkassenfahrten sind zu haben, nicht zu vergessen die kulinarischen Rundgänge und einige Termine für Familien und Kinder. Den gesamten Strauß gibt es hier: www.stattreisen.org.

Was Empfehlungen in Sachen neuer Publikationen und interessanter Websites angeht, da ließe sich auch trefflich auf den **Newsletter der Beratungsstelle Interkulturelle Erziehung** des hamburgischen Landesinstituts für Lehrerbildung und Schulentwicklung (LI) verweisen (<https://li.hamburg.de/bie/newsletter/>). »Rund vier Mal im Jahr erstellt die Beratungsstelle«, so ihr O-Ton, »einen Newsletter mit ihren aktuellen Fortbildungen und Veranstaltungen, weiteren Beratungs- und Unterstützungsangeboten, Materialhinweisen, Wettbewerben sowie Praxisberichten im Bereich interkulturelle Kompetenzen und Vielfalt in der Schule.« In der März-Nummer geht es aus dringendem Anlass u.a. um Angebote für neuzugewanderte Schüler:innen.



(Bild: ©photocrew/fotolia.com)

Zu den Verkehrs- und Stadtteilinitiativen, die einfach nicht kleinzukriegen sind und dem Senat unverändert

schwer zu schaffen machen, gehört sicherlich ganz vorne der Verein **Prellbock Altona e.V.** Es ist geradezu eine Freude, zu verfolgen, mit welcher Expertise die Aktivist:innen unverdrossen gegen die Verlegung des Bahnhofs Altona an den Diebsteich opponieren und wie sie immer wieder einen Finger nach dem anderen in die Wunden legen, sei es zuletzt beim Abriss der **Fußgängerbrücke Plöner Stieg** oder bei den Millionen kostenden Gutachten und **Machbarkeitsstudien für neue Bahngroßprojekte**. Schönes Teil, danke für Euer beispielgebendes Engagement: <http://prellbock-altona.de/>.



Und wenn wir schon beim Thema Brücken sind sei auch auf den neuesten Warnruf des Denkmalverein Hamburg e.V. aufmerksam gemacht. Anfang Juni warnte deren Geschäftsführerin Kristina Sassen-scheidt davor, dass **fünf der ältesten Hamburger Bahnbrücken vom Abriss bedroht** seien. Insgesamt sollen im kommenden Jahrzehnt an mindestens 70 Brücken Baumaßnahmen vorgenommen, 28 sollen gleich in Gänze abgerissen werden. Der Denkmalverein kritisiert, dass die gegenwärtig gültige »Leistungs- und Finanzierungsvereinbarung zwischen Bahn und Bund einseitig Neubauten« belohnt und »Sanierungen unattraktiv« macht. »Durch den Abriss historischer Brücken gehen Baugeschichte und Qualitäten im Stadtbild verloren: Schlanke, feingliedrige Konstruktionen werden ersetzt durch grobe und überdimensionierte Standard-Neubauten.« Der Verein hat ein sechsminütiges Video ins Netz gestellt und ruft dazu auf, **»Rettet Hamburgs Bahnbrücken!«** (<https://vimeo.com/673991527>). Die vom Abriss bedrohten oben erwähnten fünf Bahnhöfe liegen übrigens an der 1901/02 erbauten S-Bahn-Linie zwischen Berliner Tor und Rothenburgsort: **Anckelmannsplatz, Wendenstraße, Südkanal, Süderstraße und Billstraße** (<https://bauprojekte.deutschebahn.com/p/berliner-tor-rothenburgsort/zeitplan>).

Der so viel bejubelte Kultursenator Dr. Carsten Brosda ist mit seinem Konzept eines Low-Budget-Gedenkstättenchens – 70 Quadratmeter in einer Buch-

handlung plus Café mit insgesamt 300 Quadratmetern – gescheitert, denn die Buchhändlerin musste Insolvenz anmelden. Jetzt eröffnen sich neue Chancen, endlich eine echte, den Namen verdienende **Gedenkstätte zur Würdigung des antifaschistischen Widerstandes und der Widerstandskämpfer:innen in den ehemaligen Stadthaus-Räumen der Gestapo** zu installieren. Da aber der Senat weiterhin die Interessen und Forderungen der Verfolgten-Verbände weitgehend zu ignorieren scheint, wird für **Freitag, den 18. März**, um 16 Uhr zu einer weiteren **Kundgebung an der Stadthausbrücke** eingeladen. Reden werden Dr. Martine Letterie, die Präsidentin der Amicale Internationale KZ Neuengamme (angefragt), die VVN-Bundesvorsitzende Cornelia Kerth, Wolfgang Koptzsch, der Vorsitzende der Arbeitsgemeinschaft verfolgter Sozialdemokraten und Detlef Baade, aufspielen wird die Gruppe »Tuten und Blasen«. Mehr unter <http://www.foerderkreis-stadthaus.de/doc/Kundgebung%2018.M%3%A4rz%202022.pdf>.

Fünf Jahre ist die von der Patriotischen Gesellschaft ins Leben gerufene **Initiative Altstadt für Alle!** tätig, jetzt wird zu »einem Abend der Bilanz und des Ausblickes« für **Dienstag, den 5. April**, von 18.00 bis 21.00 Uhr ins Haus der Patrioten (Trostrücke 6) eingeladen. Ganz sicher kann mensch sich bei dem Titel nicht sein, der da lautet »**Hamburg – Vorbild für die andere Belebung der Innenstädte?**«. Denn was könnte Vorbild sein? Leer stehende Kaufhausgebäude, wegsterbende kleine Läden, ein paar hundert neuer, nicht bezahlbarer Wohnungen? Lassen wir uns überraschen, was Kristina Bacht (Architektursalon Hamburg), Frank Engelbrecht (Pastor der Hauptkirche St. Katharinen), Thorsten Mehnert (Stiftung »Ecken wecken« Leipzig), Reiner Nagel (Stiftung Baukultur), Lisa Marie Zander (Architektin der Planbude Hamburg) und Lars Zimmermann (Superblocks, Superbüttel) da zu bieten haben. Mehr Infos und Anmeldung unter www.patriotische-gesellschaft.de/de/aktuelles/veranstaltungen/veranstaltungen-aktuell/. Im Übrigen, am **3. Mai** findet um 19 Uhr in der Hauptkirche St. Katharinen eine **Informationsveranstaltung zur Gründung eines gemeinnützigen Vereins Altstadt für Alle** statt. Anmeldung wie oben.

2020 verlieh der Senat dem bekannten Hamburger Architekten Prof. Dr. Volkwin Marg die Bürgermeister-Stolten-Medaille, in diesem Jahr hat die Patriotische Gesellschaft ihn anlässlich ihres 257. Gründungstages für einen Festvortrag gewinnen können. Am **Donnerstag, den 7. April, 18 Uhr**, wird er über **Ergriffene und verpasste Chancen in der hamburgischen Stadtentwicklung** sprechen. Eine Liveteilnahme im Haus der Patriotischen Gesellschaft (Trostrücke 6) ist ebenso möglich wie ein Verfolgen der Veranstaltung am Bildschirm. So oder so, alles Weitere unter www.patriotische-gesellschaft.de/de/aktuelles/veranstaltungen/veranstaltungen-aktuell/.

DIE LINKE Altona-Nord lädt für **Dienstag, den 12. April**, ein zu einer Veranstaltung mit diesem Titel: **Bahnhof Altona muss bleiben** – für Verkehr und Klima! Podiumsgäste dieses um 19.00 Uhr im ASB-Seniortreff (Düppelstraße 20) beginnenden Informations- und Diskussionsabends sind Andreas Müller-Goldenstedt von der Bürgerinitiative Prellbock und Heike Sudmann, die verkehrspolitische Sprecherin der Linksfraktion.

Und zuguterletzt möchten wir an dieser Stelle eine gute Freundin und Wegbegleiterin würdigen: Die Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes – Bund der Antifaschistinnen und Antifaschisten, die **VVN-BdA** wird in diesen Tagen **75 Jahre alt**. Gegründet auf einer Interzonenkonferenz vom 15. bis 17. März 1947 ist die VVN heute die wichtigste Organisation in Deutschland, die nicht nur an den antifaschistischen Widerstand während der NS-Zeit erinnert, sondern auch den Kampf gegen den alten und neuen Faschismus maßgeblich führt. Gefeierte wird am 26. März in Frankfurt am Main. Wir gratulieren von hier, insbesondere auch unserer Hamburger Genossin Cornelia Kerth, der Vorsitzenden VVN-BdA.



Daseinsvorsorge und Rekommunalisierung

Von Vera Wegmann

Es sind wirklich hochinteressante, brandaktuelle und äußerst vielschichtige Veröffentlichungen, die sich den Besucher:innen der Website der Rosa-Luxemburg-Stiftung (RLS) darbieten. Wie schon im letzten »Bürger:innenbrief« (BB) nutzen wir daher auch in dieser Nummer einen Abschnitt aus einer ihrer zahlreichen Publikationen. Entschieden haben wir uns für die von Vera Wegmann verfasste und im August 2021 erschienene Broschüre »Daseinsvorsorge und Rekommunalisierung. Eine Handreichung«. Daraus entnehmen wir das Kapitel »11 Wohnungspolitik« (S. 79 – 87), lassen aber die Anmerkungen weg. Und danken der RLS und der Autorin, diesen Beitrag in diesem BB aufnehmen zu dürfen.

11.1 Privatisierung von Wohnungsbeständen

Zwischen 1997 und 2007 wurden in Deutschland rund 700.000 Wohnungen, die sich zuvor in öffentlicher Hand befanden, privatisiert. Darunter waren Bestände von landeseigenen oder kommunalen Wohnungsbaugesellschaften, Eisenbahnerwohnungen, der Wohnungsbestand der Bundesversicherungsanstalt für Angestellte (BfA) sowie die Werkwohnungen der Deutschen Bahn und der Deutschen Post. Besonders in den Städten, wo akuter Wohnungsmangel herrscht, sind nur noch wenig Wohnungen in öffentlichem Eigentum: in Berlin sind nur noch 14 Prozent, in München und in Frankfurt am Main jeweils um die 20 Prozent. Ein Ergebnis dieser Privatisierungswelle waren deutliche Mieterhöhungen, denn private Immobilienkonzerne und Investoren wollen Profite machen und sind nicht unbedingt an einer langfristigen Bewirtschaftung von Wohnungen interessiert. Häufig verkaufen sie diese nach kurzer Zeit wieder – zum Teil mit erheblichen Gewinnen. Während es im Jahr 1987 noch fast vier Millionen Sozialwohnungen in der alten Bundesrepublik gab, sind es heute in ganz Deutschland nur noch 1,5 Millionen. Und diese Zahl sinkt weiter. Ein Teil der von privaten Konzernen aufgekauften Wohnungen musste für eine bestimmte Dauer noch an einkommensschwache Haushalte vermietet werden. Nun enden mehr und mehr dieser Sozialbindungen und die Wohnungen können nun frei – und zu viel höheren Preisen – vermietet werden. Vor allem in den Städten fehlt es an bezahlbarem Wohnraum. Berlin bräuchte 100.000 und Frankfurt am Main 28.000 Sozialwohnungen. Insgesamt beläuft sich der Bedarf in ganz Deutschland auf schätzungsweise 1,9 Millionen. Die Privatisierung von Wohnungen lief nicht ohne Widerstand ab. Während in Dresden Proteste von Mieterinitiativen und -verbänden sowie Kommunalpolitiker*innen den Verkauf der kommunalen Wohnungsbaugesellschaft nicht aufhalten konnten (s. Kap. 11.4), wurde in Freiburg die geplante Veräußerung der Stadtbau-Gesellschaft 2006 durch einen Bürgerentscheid gestoppt. Die Proteste in Freiburg hatten auch überregionalen Einfluss und bewogen Bürgermeister*innen in anderen Städten dazu, ihre Privatisierungspläne noch einmal zu überdenken.

WIEN

Wien ist weltweit führend in Bezug auf die Lebensqualität. 62 Prozent der Bevölkerung leben in einer öffentlich geförderten bzw. kommunalen Wohnung. Das Wiener Modell ist nur möglich, weil Wien als Europas größter Immobilienbesitzer jährlich 600 Millionen Euro zuschießt.



Die Broschüre im Netz unter www.rosalux.de/fileadmin/images/Dossiers/Wohnen/Broschur_Rekommunalisierung_web.pdf

11.2 Deutschlands Wohnungsoligopole

Die Privatisierungsbereitschaft des Bundes und deutscher Kommunen, die Ende der 1990er-Jahre einsetzte und meist mit einer hohen Verschuldung begründet wurde, führte zu einem regelrechten Kaufrausch. Zu Beginn mischten viele Akteure bei der Neuaufteilung des deutschen Wohnimmobilienmarktes mit, auch solche, die zuvor gar nichts mit Wohnungen zu tun gehabt hatten (z.B. reine Finanzinvestoren). Inzwischen haben sich große Wohnungsoligopole herausgebildet, die durch eine Reihe von Übernahmen nun den Markt dominieren. Hierzu gehören Vonovia, Deutsche Wohnen, LEG, TAG, Grand City Properties, Adler Real Estate und GAG. Vonovia ist mit Abstand Deutschlands

größtes Wohnungsunternehmen. Das Unternehmen hat laut seinem Geschäftsbericht von 2020 »einen Wohnungsbestand von rund 355.300 eigenen Wohnungen in fast allen attraktiven Städten und Regionen Deutschlands«. Zusätzlich verwaltet es auch noch 74.000 Wohnungen, die dem Unternehmen nicht selbst gehören. Vonovia ist vor allem in Deutschland tätig, expandierte in den letzten Jahren jedoch nach Schweden und Österreich. Vonovia wurde 2001 als Deutsche Annington von Finanzinvestoren gegründet und profitierte sehr stark vom Ausverkauf öffentlicher Wohnungen auf dem deutschen Immobilienmarkt. Seit 2013 wird das Unternehmen von dem ehemaligen Bertelsmann-Manager Rolf Buch geführt, der Deutsche Annington an die Börse brachte. 2015 wurde es in Vonovia umbenannt. Deutsche Wohnen ist ein weiterer zentraler Akteur auf dem Wohnimmobilienmarkt. Bundesweit besitzt der Konzern 161.300 Wohnungen, davon sind 115.700 in Berlin. Deutsche Wohnen wurde von der Deutschen Bank gegründet, seit 2006 ist es von der Deutschen Bank unabhängig und eine börsennotierte Aktiengesellschaft (s. den Kasten »Deutsche Wohnen & Co. enteignen«).

11.3 Rekommunalisierung von Wohnungsbeständen

Zwar lässt sich für Deutschlands Wohnungsmarkt insgesamt noch von keinem klaren Trend hin zur Rekommunalisierung sprechen, aber es gibt eine deutliche Gegenbewegung zum Privatisierungsboom in den 2000er-Jahren. Mehrere Städte in Deutschland haben in den letzten Jahren wieder eine neue kommunale Wohnungsbaugesellschaft gegründet, nachdem sie ihre alte aufgegeben bzw. verkauft hatten. In Kapitel 12.4 wird näher auf die Neugründung der Wohnungsbaugesellschaft Wohnen in Dresden (WiD) eingegangen. Auch in Kiel wurde 20 Jahre nach der Privatisierung der städtischen Wohnungsbaugesellschaft KWG eine neue, die Kieler Wohnungsbaugesellschaft (Kiwog), gegründet. Langfristig soll Kiwog einen Bestand von 4.000 Wohnungen haben. Kommunalpolitiker*innen der LINKE kritisieren jedoch, dass dies nicht ausreichend ist. Um eine andere Wohnungspolitik zu betreiben und wirklich die Mietpreise senken zu können, müsse man mindestens 10 bis 15 Prozent aller Wohnungen in der Stadt besitzen. Es wird bemängelt, mit der Neugründung der Kiwog könne den rasant steigenden Mietpreisen nicht ausreichend entgegen gewirkt werden. Sie diene vielmehr dazu, eine bessere Lösung für die Unterbringung von Menschen zu finden, die derzeit aufgrund von Wohnungslosigkeit in Notfalleinrichtungen oder Hotels untergebracht sind, was für die Stadt sehr teuer ist. Es bestehen zudem Bedenken, dass der Fehler mit der Privatisierung wiederholt werden könnte. Von daher hätten Kommunalpolitiker*innen

von der LINKEN in Kiel gern vertraglich geregelt, dass die Kiwog Wohnungen kaufen, aber keine verkaufen darf. Der Berliner Senat und einige der Bezirke haben sich in den letzten Jahren die Rekommunalisierung von Wohnungen zum Ziel gesetzt und nach und nach Wohnungen zurückgekauft (s. Tabelle 5). Zusätzlich wurden die Mieten in Berlin im Februar 2020 auf dem Stand vom 18. Juni 2019 »eingefroren«. Der Mietendeckel sollte zunächst für fünf Jahre gelten und überhöhte Mieten verhindern. Daraufhin reichten die CDU/CSU und einige FDP-Bundestagsabgeordnete eine Normenkontrollklage ein, mit der Begründung, das Land Berlin habe nicht die Kompetenz, Mietpreisregeln festzulegen. Dem schloss sich das Bundesverfassungsgericht im April 2021 mit seinem Urteil an. Mietpreisrecht sei allein Bundessache. Es erklärte den Berliner Mietendeckel für verfassungswidrig. Um wirkungsvoll gegen zu hohe Mieten und den Mangel an Sozialwohnungen in Deutschland vorzugehen, wird mehr gebraucht als vereinzelte Rückkäufe von privatisierten Wohnungen bzw. Häusern. So schlug das Eduard-Pestel-Institut in einem Gutachten für den Deutschen Mieterbund bereits 2015 vor, der Bund solle von der Deutsche Wohnen (damals Deutsche Annington) alle privatisierten Wohnungen zurückkaufen. Inzwischen werden vermehrt Stimmen laut, die die Vergesellschaftung von Deutsche Wohnen und anderen großen Immobiliengesellschaften fordern (s. den Kasten zu »Deutsche Wohnen & Co. enteignen«). Momentan beschränken sich diese Initiativen noch auf Berlin, doch sie haben Einfluss auf ganz Deutschland.

Tab. 5: Rekommunalisierung von Wohnungsbeständen in Berlin

Zeitpunkt	Stadtteile	Umfang	ehemaliger privater Eigentümer	(neuer) öffentlicher Eigentümer	Kaufpreis
September 2019	Spandau und Reinickendorf	5.894 We 70 Ge	luxemburgische Aktiengesellschaft ADO Properties	Gewobag	920 Millionen Euro
Dezember 2019	Lichterfelde, Spandau und Schöneberg	2.142 We 33 Ge	Deutsche Wohnen	Degewo	360 Millionen Euro
Januar 2020	Mariendorf	36 We	Immobilienfond Treucon	Gewobag	geheim gehalten
Anfang 2020	Schmargendorf und Kreuzberg	178 We zwei Ge*	BETA Beteiligungsgesellschaft für Wohnungsbau mbH & Co. Immobilien-Fonds-KG	eine kommunale Berliner Wohnungsbaugesellschaft (genaue Angaben unbekannt)	unbekannt
November 2020	Kreuzberg Nord	372 We 26 Ge	Optimum Asset Management S.A	HOWOGE Wohnungsbaugesellschaft mbH	geheim gehalten
Juli 2021	Werner-Düttmann-Siedlung in Kreuzberg	577 We	mehrere deutsche Immobilienfonds	Wohnungsbau-gesellschaft Berlin-Mitte mbH (WBM)	geheim gehalten

We=Wohninheit/Wohnung, Ge=Gewerbeeinheit, * sowie knapp 100 Stellplätze in Erbbaurecht
Quelle: Eigendarstellung mithilfe von Daten von Immobilien aktuell und Der Tagesspiegel

DIE INITIATIVE »DEUTSCHE WOHNEN & CO. ENTEIGNEN«

Die Initiative »Deutsche Wohnen & Co. enteignen« hat in Berlin einen Volksentscheid auf den Weg gebracht, der zum Ziel hat, dass alle Bestände von privatwirtschaftlichen Wohnungsunternehmen mit mehr als 3.000 Wohnungen in Berlin vergesellschaftet werden. Die Unternehmen sollen dafür mit einer Summe vom Berliner Senat entschädigt werden, die deutlich unter dem Verkehrswert liegt. Der Initiative ist es gelungen, bis Ende Juni 2021 fast doppelt so viele Unterschriften zu sammeln, wie erforderlich waren, damit über ihre Forderung im Rahmen eines Volksentscheids abgestimmt werden kann. Die Abstimmung wird parallel zu den Bundestags- und Landtagswahlen am 26. September 2021 stattfinden.

Sollten die Berliner Wahlberechtigten dem Volksentscheid zustimmen, dann wäre der Senat dazu aufgefordert, die gut 240.000 Wohnungen in eine Anstalt öffentlichen Rechts zu überführen. Darin soll der Wohnraum gemeinwirtschaftlich und nichtprofitorientiert verwaltet werden, unter der demokratischen Beteiligung von Belegschaft, Mieter*innen und Stadtgesellschaft. Zudem soll die Reprivatisierung verboten werden. Dies wäre politisches Neuland. Zwar ist die Möglichkeit der Vergesellschaftung im deutschen Grundgesetz (Artikel 15) verankert, doch ist dieser Artikel noch nie angewendet worden.

Ein breites Bündnis aus politischen Gruppen sowie Mieterorganisationen unterstützt das Volksbegehren, darunter die Berliner Landesverbände von ver.di, IG Metall und GEW, die Partei DIE LINKE und Teile der GRÜNEN.

11.4 DAS BEISPIEL DRESDEN**WAS WIR VON DRESDEN LERNEN KÖNNEN:**

- Privatisierungen von Wohnungsbaugesellschaften sollten vermieden werden.
- Neugründungen können den Schaden der Privatisierung nicht beheben, aber abmildern.

Fakten im Überblick

Zeitpunkt der Rekommunalisierung: 2017

Hintergrund der Rekommunalisierung: Mangel an Sozialwohnungen

Art der Rekommunalisierung: Neugründung einer kommunalen Wohnungsbaugesellschaft: Wohnen in Dresden (WiD)

Privatisierung des kommunalen Wohnungsbestands

2006 verkaufte Dresden seine Wohnungsbaugesellschaft (Woba) mit 48.000 Wohnungen und 1.300 Gewerbebetrieben, um damit aus den roten Zahlen herauszukommen. Sie wurde damit zur ersten schuldenfreien Großstadt Deutschlands. Jedoch hatte Dresden dann auch auf einmal keinen Wohnraum in öffentlichem Eigentum mehr.

Der Deutsche Mieterbund hatte sich deutlich gegen die Privatisierung ausgesprochen. Auch ein Bürgerentscheid wurde im Frühjahr 2006 initiiert, der den Verkauf verhindern sollte. Dieser scheiterte jedoch. Am Ende entschied sich der Stadtrat (mit 40 Stimmen dafür und 29 dagegen und einer Enthaltung) für die Privatisierung. Nicht nur CDU und FDP stimmten für den Verkauf, sondern auch die Hälfte der damaligen Linksfraktion, die sich dadurch heftig zerstritt und anschließend spaltete. Dagegen stimmten acht Stadträt*innen der LINKEN, die komplette Fraktion der GRÜNEN, fast die gesamte SPD und das »Nationale Bündnis«.

» Es war der größte Fehler seitens der Stadt, der hätte gemacht werden können.

Bürgermeisterin Kris Kaufmann von der LINKEN, Mitglied des Stadtrats zum Zeitpunkt der Privatisierung

Die Investorengruppe Fortress mit Sitz in den USA kaufte über ein deutsches Tochterunternehmen die Woba. 2015 verkaufte Fortress dann deren Bestände an Deutsche Annington weiter (später umbenannt in Vonovia) bzw. an deren Tochterunternehmen GAGFAH. Zwar wurde beim Verkauf eine Sozialcharta vereinbart, die das lebenslange Wohnrecht für Mieter*innen über 60 Jahre und für Menschen mit schweren Behinderungen garantierte. Zusätzlich handelte die Stadt Belegungsrechte für 10.000 Wohnungen aus, die vergünstigt an einkommensschwache Dresdner*innen vermietet werden sollten. Doch diese sind nur bis 2026 gesichert mit einer Option der weiteren Verlängerung bis 2036. Die Stadt verhandelt zurzeit mit Vonovia über eine zeitliche Ausweitung um weitere 15 bis 20 Jahre.

» Man muss wissen, dass die längste Reise mit dem ersten Schritt beginnt. [...] Der Einfluss, den man sich erhofft, tritt frühestens in 50 bis 60 Jahren ein, wenn man [wie in Dresden] wirklich von vorn anfängt.

Kris Kaufmann

Neugründung einer städtischen Wohnungsbaugesellschaft

Der Stadtrat von Dresden beschloss 2015 die Neugründung einer städtischen Wohnungsbaugesellschaft, die Wohnen in Dresden (WiD) genannt wurde und 2017 ihre Geschäfte aufnahm. Über 100 neu gebaute Wohnungen sind bereits bezogen worden. Ziel ist es, in den nächsten Jahren 800 Wohnungen zu errichten. Aktuell plant und baut die WiD an über 20 Standorten (Sachsen Fernsehen 2020). Die WiD hat den sozialpolitischen Auftrag, eine Grundversorgung im Bereich Wohnen zu sichern. Aufgabenschwerpunkt des kommunalen Unternehmens ist es, für einkommensschwächere und Personen, die sich nicht selbst auf dem Markt mit Wohnungen versorgen können, Angebote zu schaffen. Mithilfe der WiD soll auch strategisch die sozialräumliche Segregation in der Stadt bekämpft werden.

Etwas vereinfachend ausgedrückt: Es wird nicht nur am Stadtrand gebaut, wo die meisten armen Menschen wohnen, sondern in der ganzen Stadt. Die WiD hat in ihren ersten Jahren schon viel erreicht. Jedoch sind 800 neue Wohnungen im Verhältnis zu den 48.000, die im Jahr 2006 privatisiert wurden, nur ein Tropfen auf den heißen Stein.

Die Gründung von WiD ist also ein Schritt in die richtige Richtung. Es wird jedoch noch mehr benötigt, um Dresdens steigenden Mieten und dem Mangel an bezahlbarem Wohnraum (im Jahr 2019 fehlten in der Stadt 12.500 Sozialwohnungen) entgegenzuwirken.

Zeitgeschichte im Spiegel historischer Postkarten

Erneut ist es René Senenko (Kulturverein Grüner Saal e. V., Fuhrsbüttel) zu verdanken, nie gesehene Ansichtskarten – aus der hamburgischen Arbeiter:innenbewegung! – dem Vergessen zu entreißen. Mehr dazu auf der folgenden Seite.

1931

Jenny Gertz

Tanz & Bewegung für proletarische Kinder



»Pfungsfahrt 1931«. Jenny Gertz (rechts im Bild) am Elbstrand bei Cuxhaven oder am Wattenmeer.

Die Sozialistische Arbeiterjugend (SAJ) Dortmund übt den »Rollen-tausch« der geschlechtstypischen Kleidung (vermutlich 1925).



Pfungsten 1931: Die Tanzpädagogin Jenny Gertz unternimmt mit jungen Arbeiterinnen aus Hamburg einen Ausflug an die Elbmündung. Unsere Fotopostkarte aus einem Langenhorner Familienalbum zeigt sie beim Ausdruckstanz am Elbstrand. Diese Tanzform war in den Jahren der Weimarer Republik auch in der proletarischen Kultur bekannt.

Schon im Kaiserreich war unter ArbeiterInnen eine vielfältige Jugendbewegung entstanden. In der Weimarer Republik beteiligten sich immer mehr proletarische Jugendliche angesichts von Armut, schwerer Arbeit und schlechten Lebensverhältnissen in den Großstädten an den kulturellen Aktivitäten. Dazu gehörten Ausflüge in die Natur, Sport, Theater, Singen und Tanz – meist in Gruppen und Vereinen. Veranstaltungen wie die großen Zeitlager der „Kinderrepubliken“ sollten den Jugendlichen Selbstbewusstsein außerhalb der bürgerlichen Welt verleihen. In neuen Kunstformen wie den Gruppen-Sprechchören kamen politische Agitation und kulturelle Praxis zusammen. Innerhalb dieser Bewegung hatten Mädchen und junge Frauen einen schweren Stand. Neben Heim- oder Fabrikarbeit waren ihnen in den Familien die Kindererziehung und Sorgearbeiten zugewiesen. Auch in der ArbeiterInnenbewegung galten Selbstverwirklichung und Politik als männliches Terrain.

Von Beginn an forderten allerdings auch Frauen ihren Platz in der Bewegung ein. „Wir müssen endlich die Phrase gewaltsam ausrotten, dass die Frauen lediglich ins Haus gehören“, forderte Alice Düsedau aus Hamburg schon 1919 („Den jungen Proletarierinnen“, in: Aufwärts, Nr. 5 1919, S. 82f). Vor diesem Hintergrund beeindruckt das Wirken von Jenny Gertz umso mehr. Geboren 1891 in Berlin, arbeitete sie in den 1920er Jahren in Hamburg und Halle vor allem mit proletarischen Kindern und Jugendlichen. Sie war eine Schülerin des Tanztheoretikers Rudolf von Laban, der von der „Lebensreform“ beeinflusst war. In den Tanz- und Bewegungsspielen, die Jenny Gertz entwarf, kamen Mädchen und Jungen zusammen, um gleichberechtigt Autonomie und Kreativität zu entwickeln: „das Schöpferische im Kinde wird geweckt“ (Gertz: „Tanz und Kind“, 1926). Darüber hinaus übten die Kinder, mit Konflikten und mit ihrer Rolle als Individuum und

innerhalb von Gruppen umzugehen – auch in Reaktion auf ihre Erfahrungen des Alltags und der gesellschaftlichen Auseinandersetzungen. Ziel war die körperlich-sinnliche Förderung des Individuums als Teil einer (sozialistischen) Gemeinschaft. In Tanzstücken wie dem Revolutions-spiel, 1927 zum 10. Jahrestag der russischen Revolution uraufgeführt, richtete Gertz ihre Tanzpädagogik konkret auf politische Agitation aus.

1933 aufgrund ihrer Nähe zur KPD verhaftet, musste sie 1934 nach Prag und 1939 weiter nach England fliehen. 1947 kehrte sie nach Halle zurück und führte ihre Arbeit fort. 1953 wurde sie dort aus dem Schuldienst gedrängt, weil ihre eigenständigen Vorstellungen nicht der Kulturpolitik der SED entsprachen. Sie starb 1966. Ihre lange vergessene Tätigkeit wird seit einigen Jahren langsam wiederentdeckt.

■ Henning Fischer

Aus der Broschüre „Revolution. Demokratie. Antifaschismus“ vom März 2022

Kulturipp Proleten auf Karton

Von Michael Joho

Eine wirklich sehenswerte **Ausstellung** ist zurzeit in der **Staats- und Universitäts-Bibliothek** Hamburg Carl von Ossietzky (Von-Melle-Park 3) zu besichtigen. Es geht um »Proleten auf Karton«, womit »Postkarten der »Hamburger« Arbeiter*innenbewegung (1919 – 1939)« gemeint sind. Kuratiert wurde die Präsentation von René Senenko, der schon seit 2017 eine Ausstellungsreihe »Ansichtskarten gegen Faschismus, Kriegsgefahr und Kapital« organisiert.

Der Raum im Erdgeschoss der Stabi, gleich links vom Eingang, ist mit rund 20 Ausstellungstafeln und einigen Vitrinen bestückt. Während die Tafeln von ein oder zwei Ansichtskarten ausgehen und die Geschichte(n) dazu erzählen, sind in den Glasvitrinen eine Reihe von Originalen und zeitgenössisches Begleitmaterial in Augenschein zu nehmen. Was bisher meist nur nostalgisch ausgerichteten Postkartensammler:innen vorbehalten war, René Senenko holt die vergrabenen Schätze wieder hervor. Wer hätte gewusst oder auch nur gedacht, dass gerade die hamburgische Arbeiter:innenbewegung so reich ist an bedruckten Kartons im DIN-A-6-Format? Bemerkenswert sind gerade auch die Zeugnisse aus der Zeit des NS-Terrors: Echte Raritäten aus dem Exil mit antifaschistischen Motiven, aber auch beschriebene, nach Deutschland geschickte Postkarten mit widerständigen Zeilen.

In der Ausstellung halten sich Themen der damaligen Parteien, der Gewerkschaften und der Kultur die Waage mit personenbezogenen Schautafeln. Da geht es um das Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold, die Rote Marine, die Naturfreunde und die Arbeiter-Fußballer von Fichte Stellingen, aber eben auch um die Sozialdemokratin Johanna Reitze, den Kommunisten Arthur Koß und die linke Tanzpädagogin Jenny Gertz (s. dazu die Tafel auf der Vorseite in diesem BB). Es gibt vieles neu zu er-



Foto: Harald Heck

**Proleten
auf Karton**

**Postkarten der
Einladung
Arbeiter*innenbewegung
zur Ausstellung
(1919-1939)
vom 2. März 2022 bis 10. April 2022**

fahren, und immer wieder war ich erstaunt darüber, dass die Themen und Personen es zu eigenen Ansichtskarten gebracht haben. Arbeiter:innen und gewerkschaftliche Kämpfe auf Postkarten heutzutage? Mir fiel da kaum was ein. Da lohnt sich der Blick zurück doppelt. Die Ausstellung ist allerdings nur noch bis zum 10. April anzuschauen, allerdings täglich: montags bis freitags von 9 bis 24 Uhr, samstags und sonntags zwischen 10 und 24 Uhr. Unglaublich! Mehr Informationen gibt es im Netz unter <https://blog.sub.uni-hamburg.de/?p=32837>.

Als Ergänzung kann ich noch die **Broschüre** »Revolution. Demokratie. Antifaschismus. Seit 150 Jahren: Postkarten in Deutschland« empfehlen. Hier sind nicht nur die Ausstellungstafeln abgebildet, sondern noch einige weitere Themen in der gleichen Weise präsentiert, wie auf der vorherigen Seite dieses »Bürger:innenbriefes« zu sehen. Das 42seitige, ansprechend gestaltete und bebilderte Material kann zum Preis von 7,- Euro bestellt werden beim Verein OLMO e. V. (olmo-online@gmx.de). ♦

Mit diesem Bürger:innenbrief informieren wir regelmäßig über das Parlamentsgeschehen sowie die politischen Auseinandersetzungen in der Stadt, den Bezirken und zu unseren Arbeitsgebieten. Wenn Sie diesen Bürger:innenbrief per E-Mail beziehen oder nicht mehr erhalten möchten, schreiben Sie an: heike.sudmann@linksfraktion-hamburg.de. Und: Sprechen Sie uns an, wenn Sie unsere Arbeit als Abgeordnete in der Hamburgischen Bürgerschaft durch Kritik und nützliche Informationen begleiten wollen. Kontakt: Heike Sudmann, Abgeordnetenbüro Burchardstraße 21, 20095 Hamburg; Sabine Boeddinghaus, Abgeordnetenbüro Wallgraben 24, 21073 Hamburg